

Sigmar Gabriel/Julian Nida-Rümelin

Wertorientierung und Politik: Die SPD als Wertepartei



Sigmar Gabriel

(* 1959) ist Bundesvorsitzender der SPD und Mitherausgeber der *NG/FH*. Zuvor war er Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
sigmar.gabriel@spd.de



Julian Nida-Rümelin

(* 1954) lehrt Philosophie und politische Theorie an der Universität München, er war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder und ist Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Bei *Irisiana* erschienen: *Die Optimierungsfrage: Philosophie einer humanen Ökonomie*.

Sekretariat.Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de

Eigentlich könnte sich die SPD in Bezug auf ihre Wertorientierung ein wenig zurücklehnen und auf jene Partei schauen, die sich nun schon seit einigen Jahren mit ihrem immer mehr in Auflösung begriffenen Wertekanon plagt: die CDU.

Die jüngste Debatte um *Die Patin*, das Buch der ehemaligen Vertrauten von Altkanzler Kohl, Gertrud Höhler, wie auch das Rumoren in und um jenen ominösen »Berliner Kreis« der scheinbar letzten verbliebenen Konservativen in der CDU, zeigt doch vor allem eines: die akute Wertevergessenheit und -unsicherheit in der Partei, welche Werte und Moral einst wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat.

Doch woher rührt dieser rasende Phantomschmerz der Höhlers und der nicht ganz so prominenten CDU-Konservativen? Dahinter verbirgt sich eine christlich-demokratische Union, die als hochgradig werteentleert und orientierungslos erscheint. Die Aufgabe und der Verlust einstiger Unions-Werte kann man auf fast allen Feldern der Politik beobachten: von der Atom- über die Familien- bis zur Wehrpolitik. Faktisch herrscht völlige Unklarheit, was die CDU-Parteivorsitzende wirklich will – und zwar bis tief in die Reihen der Union selbst. Fest steht: Die Merkel-CDU stiftet schon seit langem keine gesellschaftliche Orientierung mehr, stattdessen ist sie mehr denn je Kanzlerin-Wahlverein des reinen Machterhalts – über einen sichtbaren und werthaltigen Standpunkt verfügt sie jedenfalls nicht mehr.

Wir sollten es uns allerdings nicht zu einfach machen. Unter dieser Form des Werteverlusts leidet keineswegs nur die Union, darunter leidet die Politik insgesamt. Immer weniger scheint sie in den Augen der Bürger für Werte und Überzeugungen zu stehen. Die Kämpfe um den einen oder anderen Positionsvorteil und vor allem die beständige Orientierung an dem, »was ankommt«, prägen das öffentliche Bild der Politik. Nicht zuletzt daraus resultiert jene gewaltige Kluft zwischen Bürgern und Politikern, die wir keineswegs nur in der Euro-Krise beobachten.

Unsere Alltagserfahrung ist anders. Dort offenbart jede Handlung immer beides: Tatsachen und Werte. Wir entscheiden uns für eine Handlung immer im Hinblick auf das aus unserer Sicht Wertehaltige, das wir mit dieser Handlung zu erreichen suchen. Mit anderen Worten: Jede menschliche Praxis ist von Werten geprägt und damit Ausdruck von Wertorientierung.

In Philosophie und Ethik der Gegenwart stehen sich heute zwei Paradigmen scheinbar unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite das utilitaristische Prinzip: Danach entscheidet auch in der Politik letztlich allein die Kosten-Nutzen-Bilanz darüber, ob eine Handlung richtig oder falsch ist.

Das andere Paradigma lässt sich historisch auf Immanuel Kant zurückführen. Danach geht es nicht um die Folgen, die eine einzelne Handlung hat, sondern darum, ob die Maxime, der die Handlung folgt, verallgemeinerbar ist – ob also mit anderen Worten alle dieser Regel folgen könnten.

Die Demokratie selbst ist die logische Konsequenz dieser Einsicht: Alle Macht geht vom Volke aus – und die Mehrheit der vernunftbegabten Einzelnen entscheidet darüber, welche Politik umgesetzt wird. Gemeint ist damit nicht die ethnische oder kulturelle Gemeinschaft, sondern die Bürgerschaft. Die Demokratie setzt eine politische Öffentlichkeit voraus, in der Gründe für und wider ein politisches Programm, für und wider eine konkrete Maßnahme abgewogen werden. Parteien bündeln dies zu mehr oder weniger kohärenten Programmen und stellen diese zur Wahl. Personen, die glaubwürdig mit ihren Normen und Werten für eine bestimmte politische Praxis stehen, sind zumindest in der zeitgenössischen Mediendemokratie unverzichtbar. Auch für diese gilt: Ihre konkrete Praxis zeigt, für welche normativen und deskriptiven Überzeugungen sie stehen.

Der Wert der Freiheit

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Seit gut 30 Jahren erleben wir immer stärker den Verlust des Primats wertorientierter Politik, während die Vorherrschaft der Sachzwänge zunimmt. Vor allem seit wir in die Ära des Neoliberalismus eingetreten sind, ist dieser Trend unübersehbar.

Richtig ist: Liberalismus und Sozialdemokratie haben in der Erkenntnis der menschlichen Freiheit eine gemeinsame Wurzel. Beide politischen Bewegungen richteten sich gegen feudale Herrschaft und tradierte Benachteiligungen – also gegen Diskriminierung, Unbildung und Aberglaube. Im Neoliberalismus verkommt das Individuum zum bloßen Anhängsel des Marktes, bei Angela Merkel wird dies zum Ziel der »marktkonformen Demokratie«. Sozialdemokraten verstehen sich deshalb in der Tradition Kantischer Freiheit. Die Freiheit des Einzelnen als Selbstbestimmung, die die Autonomie anderer respektiert, bleibt für Sozialdemokraten der erste unveräußerliche Wert jeder Politik. Nicht ohne Grund war »Links und frei« das politische Leitmotiv Willy Brandts.

Menschen sind frei, sofern sie sich von guten Gründen leiten lassen. Das macht die Autonomie des Menschen als den Inbegriff seiner Freiheit aus. Das gilt es den Apologeten der reinen Marktgesellschaft als einer Ansammlung von egoistischen Optimierern entgegen zu halten.

Die Freiheit braucht den Staat – wie die Gerechtigkeit

Aus diesem Wert der Freiheit resultiert für uns Sozialdemokraten auch die Bedeutung des Staates. Während die Neoliberalen sich mit einem schwachen oder

Nachwächter-Staat begnügen, der allenfalls Rechtssicherheit garantiert, nehmen wir Sozialdemokraten den Staat in die Pflicht, für die Menschen die realen Bedingungen gleicher Freiheit überhaupt erst zu ermöglichen. Anders als die Freiheit ist der Staat aber kein Wert an sich, sondern ein Funktionsinstrument einer freien Gesellschaft, um den zweiten Grundwert der Sozialdemokratie zu gewährleisten: die Gerechtigkeit.

Denn der sich selbst überlassene Markt ist verteilungsblind: Er garantiert gerade keine gerechte und inklusive Gesellschaft. Selbst ein idealer Markt sorgt lediglich für effizientes Handeln. Dies aber garantiert keine Gerechtigkeit. Im Gegenteil: Bloße Effizienz ist sogar damit vereinbar, dass ein Teil der Bevölkerung ausgegrenzt und marginalisiert wird, während ein anderer, meist sehr kleiner Teil Privilegien und Reichtümer genießt.

»Der Sozialstaat ist nicht umsonst die wichtigste zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts.«

Die Antwort auf solche Ungerechtigkeiten des ökonomischen Marktes ist der Bildungs- und Sozialstaat.

Nur der Sozialstaat kann für ausgleichende Gerechtigkeit zwischen den Starken und den Schwachen sorgen, indem er Anspruchsrechte formuliert, die es dem Einzelnen ermöglichen, auch bei existenziellen Schicksalsschlägen, etwa durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit, nicht in fremdbestimmte Armut zu verfallen. Der Sozialstaat ist nicht umsonst die wichtigste zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts.

Das sozialdemokratische Projekt setzt dabei – auch hier ganz in der Tradition der Aufklärung – indes stets auf die Mündigkeit der Bürger und fordert auch deren Eigenverantwortung ein. Im Besonderen gilt dies für Bildungsanstrengungen. Denn Bildung ist nicht lediglich individuelle Entfaltung der Persönlichkeit, sondern der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft freier Individuen. Niemand kann zu Bildungsanstrengungen gezwungen werden, aber die staatliche Verantwortung für Bildungsangebote, die allen gleichermaßen zugänglich sind, beinhaltet auch den Appell, dieses Angebot verantwortlich wahrzunehmen. Auch hier zeigt sich: Die liberale Idee individueller Selbstverantwortung ist in der modernen Sozialdemokratie gut aufgehoben.

Solidarität und der Wert der öffentlichen Güter

Der Gegensatz zwischen Neoliberalismus und Sozialdemokratie lässt sich aber noch weiter präzisieren. Denn der Neoliberalismus versagt noch an anderer Stelle mit enormer Bedeutung – im Bereich der kollektiven Güter. Solche Güter – wie saubere Luft, intakte Umwelt, aber auch allgemein zugängliche, kostenfreie Bildung oder die öffentliche Infrastruktur (Verkehrswege und Energieversorgungssysteme) – sind gesellschaftliche Werte, die ein unregulierter Markt nicht oder völlig unzureichend bereitstellt.

Den Neoliberalen bereitet dieses Defizit keine schlaflosen Nächte, denn wie lautet Margaret Thatchers zweiter Leitsatz: »There is no society, there are only individuals and families«. Es gibt keine Gesellschaft und damit auch keine öffentlichen Angelegenheiten. D.h., frei übersetzt: Jeder ist seines Glückes Schmied – oder, noch zynischer: »Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.«

Für uns Sozialdemokraten ist diese Preisgabe jeder Verantwortung für die Gesellschaft völlig undenkbar. Denn der Mensch ist ein Lebewesen, das auf die faire Kooperation mit anderen angewiesen ist, als Staatsbürger und Staatsbürgerin werden die Bedingungen dieser Kooperation entschieden. Und damit kommen wir zum dritten Grundwert der Sozialdemokratie: Solidarität.

Solidarität charakterisiert die konkrete sozialdemokratische Praxis gleicher Freiheit. Individuen können nur dann ein gleichermaßen autonomes Leben realisieren, wenn sie sich auf gesellschaftliche Solidarität verlassen können und ihr politisches Engagement nicht mit Verfolgung bezahlen müssen.

Hier aber kommt dem Staat – insbesondere dem Sozialstaat – eine entscheidende Rolle zu. Sozialdemokraten verstehen diesen nämlich nicht als Armenhilfe oder als karitative Pflicht, sondern als Steuerungsinstanz der ausgleichenden Gerechtigkeit. Denn das Defizit des Marktes – für Gerechtigkeit bei der Verteilung der Chancen zu sorgen – lässt sich nur beheben durch staatliches Handeln, flankiert von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Der Wert der Zukunft – und die Rechte kommender Generationen

Doch gibt es – außer bei der klassischen Werte-Trias Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – noch ein weiteres Versagen der Neoliberalen und Konservativen, welches nur durch eine werteorientierte politische Praxis zu beheben ist: Der sich selbst überlassene Markt ist nämlich nicht nur gemeinschafts-, sondern auch zukunftsblind.

Das meint, dass die Interessen zukünftig lebender Generationen heute auf den Märkten noch nicht nachfragewirksam sind. Wenn wir die Lebenschancen zukünftiger Generationen jedoch nicht zerstören wollen, wenn wir Generationengerechtigkeit, sprich: Fairness über die Generationen hinweg, realisieren wollen, dann kann dies nur werte- und nicht ausschließlich interessenorientiert erfolgen.

In ökologischer Hinsicht ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen von größtem Wert. Das verstehen wir unter nachhaltiger Politik. Denn wir wissen seit langem, dass die natürlichen Lebensgrundlagen immer mehr zerstört werden. Diese Zerstörung wirkt noch schleichend, d.h. wir heute Lebenden werden sie – zum Teil jedenfalls – nicht mehr erleben. Wer daher heute nur im Horizont der eigenen Interessen handelt, verletzt das gleiche Recht auf eine autonome Gestaltung der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen, indem er deren Lebenschancen einschränkt.

Eine nachhaltige Politik verlangt daher stets eine gewisse Distanzierung vom eigenen Interessensstandpunkt und vom Interessensstandpunkt der Generation, der man angehört. Hans Jonas hat dies als »Prinzip Verantwortung« bezeichnet. Anknüpfend an Kants kategorischen Imperativ formuliert er seinen ethisch-ökologischen Imperativ: »Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.«

»Wer heute nur im Horizont der eigenen Interessen handelt, verletzt das gleiche Recht auf eine autonome Gestaltung der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen.«

»Hinter dem Schleier des Nichtwissens« – für eine Kultur der Anerkennung

Unter den heutigen Bedingungen ist das »Prinzip Verantwortung« ähnlich wichtig wie das optimistische Blochsche »Prinzip Hoffnung«. Das aufklärerische Prinzip Hoffnung, wonach die Menschen in der Lage sind, ihre Lebensbedingungen zu humanisieren, muss jedoch flankiert werden vom Prinzip Verantwortung, das der Ausschöpfung aller technischen und ökonomischen Möglichkeiten Grenzen auferlegt. Denn wir können nicht erwarten, dass die Technik der Zukunft jeweils in der Lage sein wird, alle heute schon verursachten Zerstörungsprozesse zu kompensieren.

Insofern befinden wir uns heute, was die Lebensperspektiven und -chancen der zukünftigen Generationen anbelangt, tatsächlich hinter jenem »Schleier des Nichtwissens«, der Leitidee der epochalen *Theorie der Gerechtigkeit* von John Rawls aus dem Jahre 1971: Denn weder Reiche noch Arme wissen heute um die Chancen ihrer Nachkommen.

»Politische Gerechtigkeit
in der modernen Gesellschaft verlangt nach einer Kultur der Anerkennung gleicher Grund- und Lebensrechte.«

Diese neue Lage bietet aber auch die große Chance, zu neuen, gerechteren Lösungen zu gelangen. Alle verbindet im Zweifel der Wunsch, dass ihre Kinder – wie von Rawls gefordert – die gleichen Grundfreiheiten erhalten, die auch ihnen selbst zukamen. Dabei ist klar:

Ohne ein weit höheres Maß an umverteiler Gerechtigkeit von den exorbitant Reichen – was Wohlstand und Ressourcenverbrauch anbelangt – zu den weit weniger Begüterten wird diese Form der Überlebensgerechtigkeit zugunsten der kommenden Generationen nicht herzustellen sein.

Politische Gerechtigkeit in der modernen Gesellschaft verlangt daher – gerade gegenüber zukünftigen Generationen – nach einer Kultur der Anerkennung gleicher Grund- und Lebensrechte. Doch dies allein wird nicht ausreichen.

Soziale Demokratie: Eine neue Politik des Zusammenhalts

Was unser Land vor allem braucht, ist eine neue Politik des Zusammenhalts – sowohl für die gegenwärtige als auch für die zukünftigen Generationen. Deutschland hat aber zurzeit keine Regierung, die willens und geistig in der Lage wäre, diesen Zusammenhalt zu stiften. Das ist das eigentliche Versagen dieser angeblich »bürgerlichen Koalition«: Mit der faktischen Trennung von Ökonomie und Politik – wodurch im Ergebnis die Ökonomie entscheidet – haben Union und FDP ihr staatsbürgerliches Erbe verraten. Politische Wertbindung: Fehlanzeige!

Das Primat der Politik, und damit der besondere Stellenwert des Sozialen und des Demokratischen, ist auf diese Weise in den letzten Jahren unter die Räder der scheinbaren Alternativlosigkeit geraten. Viele Bürger empfinden heute daher ein tiefes Gefühl der Ohnmacht. Sie glauben inzwischen selbst, dass die Politik ohnmächtig ist. So oft wurde ihnen Politik als alternativlos erklärt und mit den Sachzwängen der Globalisierung »begründet«. Die Kanzlerin jedenfalls

verweigert bis heute ausführliche politische Begründungen und Erklärungen (am auffälligsten in Bezug auf die Euro-Krise).

Wenn aber die Union bei der Werteorientierung unseres Landes ausfällt, von der marginalisierten FDP ganz zu schweigen, dann muss die deutsche Sozialdemokratie diese dringend erforderliche Orientierung leisten. Denn die Menschen verlangen heute mehr. Sie wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Fairness und sozialen Fortschritt stiftet. Was wir daher brauchen, ist das Gegenteil von marktkonformer Demokratie à la Angela Merkel. Es ist auch mehr als nur die alte soziale Marktwirtschaft. Stattdessen müssen wir dieses Modell weiterentwickeln in Richtung »soziale Demokratie«.

»Wir spüren doch, dass die Menschen sich heute mehr denn je nach einem Sinnzusammenhang sehnen.«

Zentrales Anliegen der Politik muss es sein, für gerechte Verhältnisse zu sorgen. Und das schließt die Demokratisierung der Ökonomie mit ein. Genau darin besteht das moderne Primat des Politischen. Und deswegen begreifen wir uns als Partei, welche die soziale Demokratisierung vorantreibt.

Wir spüren doch, dass die Menschen sich heute mehr denn je nach einem Sinnzusammenhang sehnen. Ein roter Faden in ihrem Leben, der ihnen die Hoffnung gibt, dass sich persönlicher Einsatz lohnt, weil es bei uns gerecht zugeht. Die konservativen Parteien haben bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, eine solche wertorientierte Linie ihrer Politik zu beschreiben. Wenn aber die Konservativen auf die dramatische Demokratie- und Gerechtigkeitskrise der modernen Gesellschaft offensichtlich keine Antwort haben, dann müssen wir Sozialdemokraten diese Aufgabe übernehmen.

Die SPD versteht sich als Partei all derer, die ein vitales Interesse daran haben, dass es in diesem Land gerecht zugeht, damit alle Menschen eine faire Chance und unsere Kinder eine gute Zukunft haben. Dem Land wieder Werte, Richtung und Orientierung zu geben: Darin liegt Chance und Verpflichtung zugleich. Und darüber wollen wir wieder öffentlich und vernehmlich debattieren. Der Kongress »Werte und Politik« der Friedrich-Ebert-Stiftung 2012 in diesem Monat in Berlin bietet dafür Anlass und Gelegenheit gleichermaßen.

(<http://www.werteundpolitik.de/kongress.php>) ■